Sächsische Dorfzeitung und Elbgaupresse

Fernsprech-Anschluß: Amt Dresden Nr. 31502
Tel.-Adr.: Elbgaupresse Blasewitz

mit Loschwitzer Anzeiger

Tageszeitung für das östliche Dresden u. seine Vororte

Bank-Konto: Allg. Deutsche Credit-Anstalt, Blasewitz
Postscheck-Konto: Nr. 917 Dresden

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates zu Dresden für die Stadtteile Blasewitz, Loschwitz, Weißer Hirsch, Bühlau, Rochwitz und Laubegast (II. und III. Verwaltungsbezirk) der Gemeinden Wachwitz, Niederpoyritz, Hosterwitz, Pillnitz, Weißig und Schönfeld, sowie der Amtshauptmannschaften Dresden-N. und Dresden-A.

Verlag: Elbgau-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Hermann Beyer & Co., Dresden-Blasewitz. — Verantwortlich: Eugen Werner Dresden.

Erscheint täglich mit der Beilage „Agrar-Warte" und Amtl. Kur- und Fremdenliste. Bezugspreis: Monatlich M. 3400.—, außer Zustellgebühr; bei den deutschen Postanstalten M. 3400.—. Einzelverkaufspreis: M. 200. Für Fälle höherer Gewalt, Krieg, Streiks usw. hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung bezw. Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Lesegeldes. Druck: Clemens Lankgraf Nachfl., Dresden-Freital. Bei unverlangt eingesandten Manuskripten ist Rückporto beizufügen. Für Anzeigen, welche durch Fernsprecher aufgegeben werden, kann eine Verantwortung bez. der Richtigkeit nicht übernommen werden.

Anzeigen werden die 6gespaltene Petit-Zeile mit M. 200.—, berechnet, Reklamen die 4gespaltene Zeile mit M. 600.—. Anzeigen und Reklamen mit Platzvorschriften und schwierigen Sätzen werden mit 50 Prozent Aufschlag berechnet. Schluß der Anzeigen-Annahme vormittags 11 Uhr. Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen oder Plätzen, sowie für telephonische Aufträge wird keine Gewähr geleistet. Etwaiger Rabatt gilt als Kassenrabatt und kann verweigert werden, wenn nicht binnen 4 Wochen nach dem Empfang der Rechnung die Zahlung erfolgt. Bei gerichtlicher Einziehung der Anzeigenbeträge fällt der bewilligte Rabatt fort.

Nr. 55 — Blasewitz, Dienstag, 6. März 1923 — 85. Jahrgang.

Der große politische Tag.

Berlin, 5. März. Die Einberufung des Reichstages für Dienstag und die politische Erklärung ist, wie verlautet, in der Hauptsache auf eine Anregung des Reichspräsidenten Ebert zurückzuführen. Der Kanzler wird bei der Gelegenheit in feierlicher Form Protest gegen die neuen Belastungen einlegen. Man hat die Form einer Reichstagserklärung gewählt, da die in der letzten Zeit abgegangenen Noten nicht die genügende Beachtung gefunden haben. Zweifellos ist eine wichtige Kundgebung zu erwarten, jedoch wird angesichts der vielfachen Kombinationen, die inzwischen in der Presse darüber aufgetaucht sind, heute abend an amtlicher Berliner Stelle ausdrücklich darauf hingewiesen, daß diese Kombinationen größtenteils über das Ziel hinausschießen. Die Vermutungen, daß der Kanzler neue politische Pläne im Reichstag bekanntgeben werde, werden entschieden in Abrede gestellt. Soweit die Verhandlungsfrage in Betracht kommt, kann man schon jetzt feststellen, daß eine Veränderung in den Ansichten der Regierung nicht eingetreten ist. Ob die Vermutung der Vossischen Zeitung zutrifft, daß der Kanzler die Erörterung über die Reparationsfrage im allgemeinen wieder zu eröffnen wünscht, muß vorläufig noch dahingestellt bleiben. Die Parteiführer werden erst am Dienstagvormittag vom Kanzler empfangen. Man rechnet damit, daß sich an die Kanzlerrede unmittelbar oder vielleicht nur mit einer kurzen Pause noch am Dienstag die Aussprache der Parteien anschließen wird, die natürlich auf den Mittwoch übergreifen dürfte.

*

Es ist selbstverständlich, daß auch das Ausland der heutigen Reichstagssitzung mit Spannung und Erwartung entgegensieht. Die Pariser Presse stellt ihre Vermutungen auf. Einige Blätter veröffentlichen die Nachricht, daß der Kanzler am Dienstag den Abbruch der diplomatischen Beziehungen verkündigen werde. Die meisten Pariser Blätter bezeichnen das Gerücht aber als unglaubwürdig. Auch in den französischen politischen Kreisen glaubt man im allgemeinen nicht daran. Es taucht hier und da die Vermutung auf, der Kanzler werde am Dienstag die deutschen Vorschläge öffentlich bekanntmachen in der Hoffnung, daß dadurch eine englisch-amerikanische Intervention veranlaßt werde.

Die letztbezeichnete Vermutung hat ein nur undeutlich erkennbares Dementi bereits durch die oben zitierte amtliche Erklärung erhalten, daß die „Kombinationen weit über das Ziel hinausschießen". Das „Berliner Tageblatt" stützt dieses Dementi durch die Meldung, die Reichsregierung stehe auf dem Standpunkt, daß eine Veröffentlichung der damaligen deutschen Pläne im Augenblick keine große Wirkung haben könnte.

Wir teilen diese Anschauung des „B. T." nicht. Poincare besitzt eine Waffe gegen uns, die er in Frankreich immer wieder mit Erfolg anwendet, wenn er erklärt, daß Deutschland gar keine Vorschläge gemacht habe. Dieser Waffe kann (soll man allen bisher abgegebenen Versicherungen der Regierung trauen) die Spitze abgeschlagen werden durch Veröffentlichung der Vorschläge, die v. Bergmann in der Tasche trug. Die Regierung versicherte immer, daß diese Vorschläge die Welt in Staunen versetzt haben würden über die Bereitwilligkeit Deutschlands. Und immer wieder wurde erklärt, daß Poincare nur deshalb die Vorschläge nicht entgegennahm, weil sie ihm das ganze Konzept seiner Ruhrpolitik verdorben haben würden. Wenn sie also damals eine so große Wirkung auszuüben geeignet erschienen, dann muß ihre Wirkung auch heute noch beträchtlich sein. Ihre weitere Zurückhaltung kann nur den Verdacht nähren, den die Franzosen eifrig verbreiten, nämlich: „Hinter den letzten deutschen Vorschlägen steckte gar nichts als ein Bluff". Diesen Verdacht kann die Regierung mit einem Schlage vernichten!

Verkehrssperre in Ludwigshafen.

Mannheim, 5. März. Die französische Besatzungsbehörde hat mit Wirkung vom heutigen Tage bis einschließlich Donnerstag eine allgemeine Verkehrssperre in den Straßen Ludwigshafens und über den Brückenzugang zu den Städten Mannheim und Ludwigshafen von 9 Uhr abends bis 6 Uhr morgens verhängt. Die Maßregel soll als Wiedervergeltung für den Sabotageakt im Verkehrswesen angeordnet sein. Im übrigen ist im Verkehr über die Rheinbrücken von Mannheim nach Ludwigshafen eine Erschwerung erfolgt. Während bisher nur von beladenen Fuhrwerken eine Abgabe in Höhe von 10 v. H. des Wertes der Ladung verhängt wurde, muß in Zukunft auch von leeren Fuhrwerken eine Kaution in Höhe von 10 v. H. des Wertes des Wagens entrichtet werden. Heute früh haben die Franzosen auch den Bahnhof Industriehafen besetzt.

Auf die Straße gesetzt.

Berlin, 5. März. Ein französischer Anschlag in Ludwigshafen schreibt vor, daß bis zum 8. d. M. die Büros, sowie die Wohnungen der Eisenbahnbeamten geräumt sein müssen; andernfalls erfolgt die Ausweisung. Im Bezirke Ludwigshafen befindet sich der Eisenbahnbetrieb jetzt durchweg in den Händen der Franzosen. Aus dem Bezirke Frankfurt a. M. wird gemeldet, daß in Höchst a. Main der Verkehr wieder aufgenommen wird. Deutsche, welche die Züge benutzen, müssen einen Ausweis haben.

Ludwigshafen, 5. März. Durch den französischen Befehl, Dienst- und Amtswohnungen in bahneigenen Gebäuden zu räumen, werden die Inhaber von rund 13 000 Wohnungen betroffen. Für die Unterbringung aller Ausgewiesenen, die aus ihren Wohnungen vertrieben werden, ist Vorsorge getroffen.

Ein neuer Milliardenraub.

Paris, 5. März. Wie aus Düsseldorf gemeldet wird, ist in Duisburg eine Milliarde Mark, die für die Reichsbankstelle dieser Stadt bestimmt war, von den Franzosen „beschlagnahmt" worden.

Ermordet.

Hörde, 5. März. Am 3. März kurz nach 11 Uhr abends wurde in der Hermannstraße der Ingenieur Ewald Dirks in Begleitung eines Freundes ohne jede Veranlassung von einem französischen Soldaten, anscheinend einem Unteroffizier, durch einen Revolverschuß schwer verletzt. Er wurde ins Krankenhaus gebracht, wo er heute seinen schweren Verletzungen erlag. Der Franzose floh gleich nach der Bluttat. — Zur selben Zeit wurde der Schlosser Heinrich Bangert von einem französischen Offizier mit einem nicht erkennbaren Gegenstand derart ins Gesicht geschlagen, daß Bangert sofort besinnungslos und blutend zu Boden fiel. Erst nach fast einer Stunde fand er unter den Händen eines Arztes die Besinnung wieder. Der französische Offizier kümmerte sich nicht um den Verletzten.

V. S. P. und sächsische Regierungskrise.

In der Landesversammlung der Sozialdemokratischen Partei am Sonntag in Dresden wurde mit 93 gegen 32 Stimmen die kleine Koalition vorläufig abgelehnt; ebenso wurde aber auch die Auflösung des Landtages abgelehnt für den Fall, daß keine Regierungsbildung mit der KPD. und keine sozialistische Minderheitsregierung zustande käme. Ein siebenköpfiger Ausschuß wurde mit Verhandlungen mit den Kommunisten beauftragt.

Angenommen wurde folgende

Entschließung Graupe, Edel, Liebmann und Genossen

mit 93 gegen 32 Stimmen:

„Die Landesversammlung wolle beschließen: 1.) Eine Koalition mit den Demokraten ist abzulehnen. 2.) Die Verhandlungen mit der KPD. sind fortzuführen mit dem Bestreben, sie zur Teilnahme an der Regierung zu veranlassen. 3.) Der Landesparteitag betrachtet die neuen Vorschläge der KPD. als geeignete Verhandlungsgrundlage für eine gemeinsame Regierungsbildung mit der KPD. In diesem Sinne sind die weiteren Verhandlungen zu führen. 4.) Um die Verhandlungen der VSPD. mit der KPD. zum Abschluß zu bringen, wählt der Landesparteitag einen siebengliedrigen Ausschuß. 5.) Kommt die sozialistisch-kommunistische Regierung oder die sozialistische Minderheitsregierung zustande, ergeben sich aber Schwierigkeiten in der Zusammenarbeit der VSPD. und der KPD., dann ist die Verhandlungskommission sofort zu den Verhandlungen hinzuzuziehen, wenn ein Mitglied dieser Kommission die Zuziehung verlangt."

Ein Zusatzantrag zu dieser Entschließung: „Falls keine Regierungsbildung mit der KPD. und keine sozialistische Minderheitsregierung zustande kommt, hat die Landtagsfraktion der VSPD. für die Auflösung des Landtages einzutreten" wurde mit 68 gegen 57 Stimmen abgelehnt.

Ebenfalls abgelehnt wurde folgende Entschließung Kleinebst (Chemnitz): „Angesichts der Tatsache, daß durch die neuen Vorschläge der Kommunisten die sichere Möglichkeit geschaffen wird, zumindestens eine sozialistische Minderheitsregierung mit Unterstützung der KPD. neu zu konstituieren, angesichts der Tatsache, daß die Nichteinberufung eines Betriebsrätekongresses als wichtigstes kommunistisches Agitationsmittel mit Erfolg gegen die VSPD. verwendet werden wird, daß gerade die im Betriebe stehenden Parteigenossen das Eingehen auf diese Forderung der KPD. aus obenstehenden Gründen für das dringendste Erfordernis halten, und angesichts der mit Sicherheit zu erwartenden Ablehnung des kommunistischen Verlangens für den Betriebsrätekongreß beschließt der Landesparteitag, die Gewerkschaften dringendst zu veranlassen, den von den Kommunisten verlangten Betriebsrätekongreß einzuberufen und dessen Ergebnis vor entscheidenden Beschlüssen abzuwarten."

*

Die „Dresdner Volkszeitung" würdigt das Ergebnis des Parteitages mit folgenden bezeichnenden Ausführungen: „Wenn diejenigen recht behalten sollten, die alle Vorschläge der Kommunisten nur für ein Agitationsmanöver halten, dann stünde die siebengliedrige Kommission vor einer unlösbaren Aufgabe. Sie würde in den Beschlüssen des Parteitages vergeblich nach einem Fingerzeig suchen, der aus einer solchen Lage herauswiese. Darauf aber wäre es unseres Erachtens angekommen. . . . Das Ergebnis der Verhandlungen zeigt die Unklarheit und die Widersprüche innerhalb des Lagers derjenigen, die die Entschließung der Parteileitung ablehnten."

Wichtige Ereignisse.

In die deutsche Botschaft in Rom wurde eingebrochen, um Akten und Chiffreschlüssel zu rauben. Zwei Haupttäter sind festgenommen.

*

Die sächsische Sozialdemokratie wird weiter versuchen, mit den Kommunisten eine Koalition zu bilden.

*

In Ludwigshafen ist eine strenge Verkehrssperre eingerichtet.

*

Der Bahnverkehr in der Pfalz ruht noch immer. Die ganze Bahn ist militarisiert.

*

Die Franzosen haben den Bahnhof Griesheim besetzt. Der Verkehr Frankfurt—Ried ist eingestellt.

Kaufebbe und Kaufkraft.

Wenn die Kaufbewegung auf den Warenmärkten in ganz außerordentlicher Weise abgebbt und das Geschäft — wie man allenthalben hört — seit einigen Wochen nahezu abgeschnitten ist, so liegt der Grund keineswegs ausschließlich in dem, was man in früheren Fällen mit dem Namen „Käuferstreik" belegt hat. Es handelt sich nicht bloß darum, daß das Publikum nicht kauft, weil es vorerst einmal einen wirklichen und stärkeren Preisabbau abwarten will, sondern die Kauffähigkeit sehr erheblicher Bevölkerungsschichten ist infolge des großen Umschlags ganz plötzlich weggesunken. Welche Kreise waren es denn, die in den Monaten der großen Preissteigerung überhaupt noch kauften und kaufen konnten?

Es waren vor allem diejenigen Schichten, die an der aufsteigenden Preiskonjunktur selbst reichlich verdienten, deren Warenbestände fast an jedem Tage um Millionenbeträge im Preise stiegen und die außerdem noch den Umstand, daß die Preise im Einzelhandel sich der Teuerung langsamer anpaßten, als im Großhandel und in der Fabrikation, dazu benutzten, um mit ihren vollen in der Industrie, in der Landwirtschaft und im Großhandel erzielten Geldentwertungsgewinnen die im Preise zurückgebliebenen Detailwaren noch billig einzukaufen und dadurch — neben ihren geschäftlichen Vorteilen der vollen Konjunkturausnutzung — auch noch weitere Vorteile durch relativ billige Konsumdeckung oder Konsumvoreindeckung zu erzielen. Seitdem diese Kreise nicht mehr so groß verdienen, seitdem Preisrückschlag und Absatzstockung sie im Gegenteil in einen gewissen Zustand finanzieller „Klammheit" versetzt haben, sind sie auch als Käuferschicht nahezu spurlos vom Markte verschwunden. Verschwunden ist in gleicher Weise ein beträchtlicher Teil der in Deutschland weilenden Ausländer, die natürlich hier bei einem Dollarstande von 23 000 Mark nicht mehr so billig leben und kaufen können, wie bei einem Dollarstande von 50 000 Mark. Aber noch eine dritte Schicht von Käufern hat sozusagen über Nacht das Feld vollständig geräumt. Es ist die Schicht derjenigen, die sich bei aufsteigender Kurstendenz in der Börsenspekulation betätigten und aus ihr gerade in den letzten Monaten riesige Gewinne zogen, die zum mindesten zu einem erheblichen Teil in Warenkäufen angelegt wurden. Wie in jeder großen und lawinenartig anschwellenden Spekulationsepoche waren es keineswegs allein die von vornherein mit Eigenkapital ausgestatteten Kreise, die sich an der Börse betätigten. Zwar die Spekulation auf Kredit hatte im Gegensatz zu früheren Zeiten in der letzten Hausseperiode nur einen relativ geringen Umfang angenommen. Dafür aber hatte sich in einem Teile der Beamten- und Angestelltenschaft die Gewohnheit herausgebildet, diejenigen Summen der vorausbezahlten Gehälter (bei den Beamten handelt es sich um Vorausbezüge für ein

SLUB
Wir führen Wissen.